

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Cannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abz. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir ohne Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturken hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Voreuerung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 6780 / Telegr.-Adr.: „Lanncnblatt“ / Telef. 11.

Nummer 40

Altensteig, Freitag, den 17. Februar 1933

56. Jahrgang

Nadoln über die Effektivstärke

Genf, 16. Febr. Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz behandelte die Frage der Effektivstärke. Botschafter Nadolin erklärte, der französische Plan der Vereinseitigung der Wehrsysteme sei außerordentlich interessant. Deutschland befinde sich allerdings angesichts dieses Planes in einer etwas eigenartigen Lage. 1919 sei es gezwungen worden, ein von außen vorgeschriebenes Wehrsystem zu übernehmen. Dabei habe es sich um die Umwandlung eines Heeres mit kurzer Dienstzeit in ein solches mit langer Dienstzeit gehandelt. Nach kaum 14 Jahren werde von Deutschland jetzt wieder der Übergang von langdienenden zum kurzdienenden Heere verlangt. Der französische Vorschlag richte sich in erster Linie gegen die Verbeibaltung von Einheiten aus langdienenden Soldaten zur Landesverteidigung. Wir sind weit davon entfernt, ein reines Berufsheer als Ideal und für die deutschen Verhältnisse passend anzusehen. Man wird begreifen, daß es nicht ohne weiteres möglich ist, die mühsame Aufbauarbeit von 14 Jahren lediglich deshalb zu zerstören, weil die Ansichten über die mit der Wehrfortschritt innewohnenden Eigenschaften sich an manchen Stellen gewandelt haben. Bevor die deutsche Regierung zu der Frage des Einheitsheeres Stellung nehmen kann, ist es darum notwendig, genau zu wissen, was denn letzten Endes an die Stelle des zu zerstörenden Organismus gesetzt werden soll. Der französische Vorschlag spricht sich nur in großen Zügen über das neue Wehrsystem aus. Ich muß daher erklären, daß für uns eine endgültige Entscheidung erst möglich ist, wenn uns die Einzelheiten der geplanten Organisation bekannt sind und auch eine Entscheidung über das Maß der Abschaffung des aggressiven Materials vorliegt.

Mussolinis Abrechnung mit den französischen Quertreibereien

Der Sinn des gestrigen Dementis

Rom, 16. Februar. Die Bedeutung des kategorischen Dementis, das der italienische Regierungschef Mussolini im gestrigen Ministerrat gegen die Gerüchte über einen Bündnisvertrag zwischen Italien, Deutschland und Ungarn abgegeben hat, wird in der römischen Presse durch große Aufmerksamkeit und eine sehr deutliche Sprache stark unterstrichen. Größte Beachtung findet ein „Verantwortlichkeits“ überlebender römischer Leitartikel des „Popolo d'Italia“, der offenkundig aus ganz besonders berufener Feder stammt und sich in schärfster Weise gegen den unqualifizierbaren Versuch der „Vernebelung und Verleumdung zum Schaden Italiens und der Ruhe Europas“ wendet. Man sehe vor einem regelrechten Attentat auf den Frieden. Die zu politischen Zwecken vorgenommene Dokumentenfälschung sei eine Industrie, die in einigen Ländern noch keine Krise kenne. Wer kann, so fragt dann das Blatt, angesichts des Aufwandes an Giftgasen noch an die Aufrichtigkeit des französischen Pazifismus glauben und wer kann da noch die Versuche zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Frankreich und Italien ernst nehmen? Kann irgend etwas Dauerhaftes aufgebaut werden, wenn man von einer Lüge ausgeht? Tatsache ist, daß Frankreich nicht abrücken will. Es wird auch nicht auf ein einziges Gewehr verzichten. Um sich aber vor der Welt ein Bild zu schaffen, muß es phantastische Bündnisse und Kriegsgelähren am Rhein und auf den Alpen erfinden. Die Welt weiß aber, wer die Abwicklung will und wer die Erhaltung der Rüstungen, wer den Frieden will und wer den Krieg vorbereitet, um Europa zu beherrschen. Die Verantwortlichkeiten sind klar gestellt. Niemand bedroht Frankreich, das aber seinerseits Europa und die Welt bedroht, mit seinen ins ungemessene angewachsenen Rüstungen, mit seinem Geiste der Intrige, mit seinem Ehrgeiz, mit wildem, jedoch keineswegs heiligem Egoismus, mit seinem alles überbietenden und unerschütterlichen Unverständnis gegenüber der Entwicklung und gegenüber den Bedürfnissen anderer Völker, mit seinen Bündnissen und mit seiner von der Rüstungsindustrie finanzierten Presse.

Echo des neuen Donaubundes

Gegen Deutschland, Italien und Rußland

Berlin, 16. Febr. Die Urteile der englischen und französischen Presse über den neuen Staatenbund mit 48 Millionen Einwohnern, zu dem sich die Kleine Entente umgewandelt hat, geben der Auffassung recht, daß es sich um ein Ereignis von allererster Bedeutung und einen Versuch zu Ausschaltung des deutschen und italienischen Einflusses handelt. Der Genfer Korrespondent des „Daily Herald“ erblickt in dem Vorgang die größte politische Veränderung seit Abschluß der Friedensverträge.

Länderproteste im Reichsrat

Berlin, 16. Febr. Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter Vorsitz von Reichsinnenminister Dr. Fricke eine Vollsitzung ab, die besonders großes Interesse in der Öffentlichkeit fand und zu der Publika und Presse zahlreich erschienen waren. Zum erstenmal war nämlich das Land Preußen vertreten durch die von den Reichskommissaren ernannten Reichsratsbevollmächtigten. Die von der Regierung Brauns bevollmächtigten preussischen Vertreter waren nicht erschienen. Ehe Reichsinnenminister Dr. Fricke die Sitzung eröffnete, traten mehrere Ländervertreter vor allem aus Süddeutschland an ihn heran, um sich lebhaft mit ihm zu unterhalten. Sofort nach Eröffnung der Sitzung verlas der bayerische Vertreter, Ministerialdirektor Speyer, folgende Erklärung: 1. Der Reichsrat ist eine ausgeprochen bundesrechtliche Einrichtung zur Wahrung des Anteils der Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches. 2. Die Stimmführung der Länder im Reichsrat muß von der Reichsgewalt unabhängig sein. 3. Die Beteiligung von Reichskommissaren an der Abstimmung im Reichsrat widerspricht also dem Grundgedanken des Reiches. 4. Jedes deutsche Land ist berechtigt, die Einhaltung der verfassungsmäßigen Zusammensetzung des Reichsrates zu verlangen, ohne daß ihm hieraus der Vorwurf der Einmischung in Angelegenheiten eines anderen Landes gemacht werden kann. Die bayerische Regierung lehrt eine Einmischung in innerpreussische Angelegenheiten ausdrücklich ab. Sie hält aber im Einklang mit der Stellungnahme des Reichsstaatsgerichtshofes an den dargelegten verfassungsmäßigen Grundlagen des Reichsrates fest und legt deshalb gegen die Beteiligung des Reichskommissars in Preußen oder sonstiger Reichsbeauftragter an der Beratung und Abstimmung im Reichsrat Rechtsverweigerung ein, weil diese Beteiligung eine dem Willen des Reichsrates widersprechende Veränderung der Zusammensetzung des Reichsrates bedeuten würde. Nach diesen Grundrissen muß die bayerische Regierung ihre künftige Stellungnahme bemessen.

Der badische Gesandte Dr. Fricke bekannte sich gleichfalls zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes, noch dem Reichsorgan nicht ein Land vertreten könnten. Er hielt es für notwendig, die Beratungen auszufragen, bis der Staatsgerichtshof entschieden habe.

Der Vertreter der Rheinprovinz, Hammacher, stimmte namens der preussischen Provinzen Grenzmark, Posen, Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland der bayerischen Erklärung zu. Er protestierte dagegen, daß Vertreter der Reichskommissare im Reichsrat erschienen seien. Man habe einen neuen 29. Juli geschaffen, obwohl der Sprecher der preussischen Hoheitsregierung im Reichsrat das deutlich sichtbare Bestreben gezeigt habe, einen modus vivendi zu finden, um die sachlichen Beratungen des Reichsrates auch unter den obwaltenden politischen Verhältnissen mit den Grundrissen des Rechtes und der Verfassung in Einklang zu halten. Der Redner warf die Frage auf, ob man mit dieser Reichsratslösung ein Präjudiz für die Entscheidung des Staatsgerichtshofes schaffen wolle, wogegen er schärfste Rechtsverweigerung einlegen müsse. Er spreche nicht nur für die sieben preussischen Provinzen, sondern auch für die preussischen Staatsminister, die ihn durch besondere Vollmacht ermächtigt hätten, das Stimmrecht für die preussischen Staatsminister im Reichsrat auszuüben. Eine Sitzung, bei der die Reichskommissare die preussischen Stimmen abgeben würden, sei in jedem Falle ungültig.

Der hessische Gesandte schloß sich der Rechtsverweigerung Badens an und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Entscheidung des Staatsgerichtshofes nach Möglichkeit beschleunigt werde.

Reichsinnenminister D. Fricke erklärte, daß für die Reichsregierung einzig und allein die Verordnung des Reichspräsidenten maßgebend sei.

Der Reichsrat trat dann in die Tagesordnung ein. Er nahm von der Mitteilung über die Ernennung des neuen Kabinetts

Kenntnis, alsdann von der Ernennung der neuen preuss. Bevollmächtigten. Der badische Gesandte beantragte im Auftrage Badens, Sachsens, Württembergs, Badens, Hessens, Hamburgs, Bremens und Lübeds, festzustellen, daß der Reichsrat von der Bestellung der Bevollmächtigten Kenntnis nehme, ohne zu der Rechtsfrage Stellung zu nehmen. Da die Rechtsbefähigung der Ernennung von der Entscheidung des Staatsgerichtshofes abhängig sei, wird beantragt, bis zu dieser Entscheidung die Beratungen und Beschlußfassungen des Reichsrates auf besonders dringende Gegenstände zu beschränken.

Die Vertreter Thüringens, Mecklenburg-Schwerins, Oldenburgs, Braunschweigs, Anhalts und von Lippe und Neustreit gaben Erklärungen ab, daß sie die von der Reichsregierung gegenüber Preußen geschlossene Lage anerkennen und die preussische Kommissariatsregierung als rechtmäßig eingesezt ansehen.

Der Vertreter Sachsens erklärte, daß die Frage der Rechtsbefähigung der Ernennung nicht vor das Forum des Reichsrates gehöre. Sachsen sei weder in der Lage, für die von Baden und Bayern ausgeprochene Rechtsverweigerung, noch für die von Thüringen abgegebene Erklärung Stellung zu nehmen.

Die Vertreter von Schleswig-Holstein und anderen Provinzen bezeichneten es als dringend notwendig, daß der Reichsrat unbeschadet der Rechtslage aktionsfähig bleibe.

Reichsinnenminister Dr. Fricke betonte gegenüber dem Vertreter der Rheinprovinz, daß selbstverständlich allein die Vertretung der derzeitigen preussischen Regierung zur Stimmabgabe berechtigt sei. Die sieben preussischen Provinzen gaben gegen diese Erklärung Protest zu Protokoll, während der bayerische Vertreter erklärte, daß unbeschadet der Frage der Rechtsbefähigkeit in der Zwischenzeit eine Vertretung der Regierung Brauns im Reichsrat unmöglich geworden sei.

Darauf wurde der badische Antrag mit 28 gegen 26 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Für den Antrag stimmten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübed, Schaumburg-Lippe und die Provinzvertreter von Berlin, Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz. Oberschlesien enthielt sich der Stimme.

Der Reichsrat erledigte dann den Rest der Tagesordnung, der nur aus Formalien bestand. Die Wiederernennung des bisherigen Reichsarbeitsministers Dr. Spruy zum Präsidenten des Reichsanstalts für Arbeitslosenversicherung wurde gebilligt. Auch eine Trauerkundgebung für Reichsminister Landt.

Das Preßecho der Reichsratsitzung

Berlin, 17. Februar. Eine ganze Anzahl Berliner Blätter beschäftigten sich in längeren Ausführungen mit dem Verlauf der Reichsratsitzung und der Stellungnahme der Länder zu der Vertretung Preußens im Reichsrat.

Der „Lokalanzeiger“ spricht von einem platonischen Aufstand Bayerns gegen die Politik der Reichsregierung.

Die „Kreuzzeitung“ urteilt ähnlich.

Während von der oppositionellen Presse das „Berliner Tageblatt“ den Standpunkt der Länder unterstreicht, daß durch die Ausschaltung der preussischen Hoheitsregierung der Charakter des Reichsrates als Vertretung der Länder entsteht werde, erklärt der „Börsenkurier“ ganz grundsätzlich das Problem Reich und Länder. Das Blatt verweist auf die zahlreichen Reformentwürfe, deren Gemeinames es sei, den Dualismus zu beseitigen und sagt, die Länder wenden sich gegen eine bestimmte Auslegung der bestehenden Verfassung, aber nicht gegen die unausbleibliche Neugestaltung des Reiches.

Die Neuorganisation der Kleinen Entente vollzogen

Genf, 16. Febr. Das Abkommen über die Neuorganisation der Kleinen Entente ist Donnerstag von den drei Außenministern Rumaniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei unterzeichnet worden. Es wurde vereinbart, daß die notwendigen Ratifizierungen vor der nächsten Tagung der Kleinen Entente in Prag Ende Mai vorgenommen werden sollen.

Reichsminister empfängt Vertreter der Kriegsoffiziere

Berlin, 16. Febr. Der Reichsminister empfing am Mittwoch vor seiner Reise nach Stuttgart den Vorsitzenden des Reichsoberlandes Deutscher Kriegsoffiziere, Dietrich Lehmann, und den Reichsratsmitgliedern der KSDAP für Kriegsoffiziersvereine, Oberlandauer. Der Reichsminister erklärte, daß er auch von den deutschen Kriegsoffizieren, denen gegenüber er sich selbst als Kamerad fühle, Vertrauen erwarte und versicherte, daß bereits in kürzester Zeit die dringend notwendigen Verbesserungen in der Versorgung der Kriegsoffiziere durchgeführt werden würden.



Der Polizeibericht zum Sabotageakt bei der Hitlerkundgebung

Maßregelung der Stuttgarter Rundfunkbeamten

Bei der Uebertragung der Rede des Reichstanzlers aus der Stadthalle auf den Rundfunk kam es kurz vor Schluß der Kundgebung zu einer Störung. Das Kabel, durch das die Stadthalle mit dem Telegraphenbauamt verbunden ist, wurde in der Nähe der Stadthalle in einem Hof der Werderstraße an einer Stelle, an der es oberirdisch an einer Hauswand entlangläuft, mit einer Netzdurchschlagung, so daß die Uebertragung auf den Rundfunk unterbrochen wurde. Die näheren Erhebungen sind durch Beamte des Telegraphenbauamts und der Kriminalpolizei aufgenommen.

Das Kabel zieht sich an der Hofseite des Hauses Werderstr. 12 über der Fensterreihe des Erdgeschosses dahin. Der Hof ist offen, und erst am hinteren Hausteil durch einen Jaun abgeschlossen. In dieser Stelle läuft das Kabel etwa vier Meter über der Erde. Der Täter ist, wie man auch an Spuren sehen konnte, auf den Sims des neben dem Jaun befindlichen Erdgeschossfensters gesprungen, konnte nun das Kabel erreichen und schlug es vermittels mit einem einzigen Hieb durch. Damit war jede Telefonverbindung mit der Stadthalle unterbrochen. (Eine Rundfunkübertragung wird bekanntlich durch Telefonkabel bis zum Sender geleitet und erst von hier aus „gesendet“.) Das Ganze war höchst rasch und in wenigen Minuten abgeklungen. Wie wir hören, waren zwei Telegraphenbeamte mit der Ueberwachung des Kabels beauftragt. Sie patrouillierten verschiedene Stellen ab, an denen Störungen möglich waren und versagten auch, bei- nahe um die Zeit des Attentats auf das Kabel, ganz in der Nähe des Tatorts einige verdächtige Gestalten.

Die Polizei hat, wie wir erfahren, abends noch zahlreiche Personen festgenommen, die im Verdacht stehen, während der Hitler-Kundgebung das von der Stadthalle zum Telegraphenbauamt führende Kabel zerhackt zu haben. Bei einigen Verdächtigten wurden auch Waffen gefunden. Die Reichspost hatte die Kabelbrücken bewachen lassen, aber an einem Schutz der Freileitungen offenbar nicht gedacht. Das Telegraphenbauamt bestreitet übrigens, daß die Nationalsozialisten an das Amt

herangetreten seien mit dem Antrag, das Kabel durch SA-Leute bewachen zu lassen. Der Staatskommissar für den Sübfunk, Oberregierungsrat Bögele, bezog sich nach Schluß der Hitler-Versammlung sofort ins Hofspitz Victoria, wo Reichstanzler Hitler abgetreten ist, um über die Vorfälle und das bisherige Untersuchungsergebnis Bericht zu erstatten. Dr. Göbbels und der Reichspostchef der NSDAP, Dr. Dietrich, anerkannten, daß dem Rundfunk keinerlei Schuld treffe.

Zur Söderung der Stuttgarter Rundfunkrede des Reichstanzlers wird amtlich mitgeteilt:

Der Reichspostminister hat sofort nach Bekanntwerden der Störung eine Untersuchung eingeleitet und angeordnet, daß die für den telegraphischen Rundfunkbetriebe verantwortlichen Beamten, Postbaurat Feucht, Oberpostdirektor Wöflinger und Dr. Kofes unverzüglich bis zum Abschluß der Untersuchung außer Dienst gesetzt werden.

Die finaleste Unterbrechung des Kabels, die nur durch kommunalpolitisch eingestellte Telegraphenbauarbeiter oder deren Anhang geschehen konnte, ist aus schärfste zu mißbilligen, zu bedauern und ist, daß man nun gegen Beamte der Reichspost, die sich in jahrelanger Tätigkeit um die Post in Württemberg verdient gemacht haben und sich in Stuttgart über ihre Kollegenfreude hinaus des größten Ansehens erfreuen, in solch rigoröser Weise vorgeht und nicht einmal das Ergebnis der Untersuchung abwartet. Das war man, schreibt der „Schwab. Merkur“, in Württemberg bisher nicht gewöhnt. Die Beamten hatten von sich aus getan, was sie konnten. Vom Telegraphenbauamt waren sogar für alle Fälle besondere Arbeitskommandos bereitgestellt, um einzugreifen, wenn sich irgendwo eine Störung zeigen sollte. Alle Stellen des Kabels zu schützen, war ein Ding der Unmöglichkeit, man hätte sonst vor jeden Kabelkasten einen Schutzmännchen stellen müssen. Der Wählrohr-Sender war übrigens durch ein besonderes Landjägerkommando überwacht und vor Störungen gesichert.

Revolveranschlag auf Roosevelt!

Sechs Bezwundete

Miami (Florida), 16. Febr. Hier wurde auf den künftigen Präsidenten Roosevelt ein Mordanschlag verübt. Ein Italiener schloß auf Roosevelt, traf aber nicht ihn, sondern sechs andere Personen, darunter den Bürgermeister von Chicago, Cermat.

Der Anschlag wurde verübt beim Empfang Roosevelts in Biscana Bay. Roosevelt kehrte von einer Fahrt nach den Bahama-Inseln zurück, die er an Bord der Yacht Vincent Astors gemacht hatte, um zu fischen. Von Miami wollte er mit der Eisenbahn nach Newport zurückkehren, um die Vorbereitungen zur Bildung seines Kabinetts fortzusetzen. Roosevelt hatte bereits den Kraftwagen bestiegen, und sprach zu der versammelten Menge. Auf fünf Meter Entfernung zerbrach plötzlich, bevor die Umstehenden ihm in den Arm fallen konnten, ein Mann fünf Schüsse aus einer Selbstladewaffe auf Roosevelt ab, traf aber nicht diesen, sondern den dicht bei ihm stehenden Chicagoer Bürgermeister Cermat, den Geheimpolitisten Broanay (Schuß ins rechte Auge), einen zwei Frauen und zwei Männer. Nach dem fünften Schuß schlug eine neben dem Attentäter stehende Frau ihm den Arm in die Höhe, so daß der sechste Schuß in die Luft ging. Der auf 5000 Köpfe geschätzten Vollmenge bemächtigte sich höchste Erregung. Während Polizisten den Attentäter verhafteten, was er widerstandslos geschehen ließ, schrie die Menge: „hängt ihn! Schießt ihn doch tot!“

Die Vernehmung des Täters ergab, daß er Giuseppe Zingara heißt und 33 Jahre alt ist; von Beruf ist er Maurer. Er gab an, schon vor zehn Jahren einen Mordanschlag auf den König von Italien gemacht zu haben; sein Ziel sei die Tötung aller Nachbarn. Er habe nicht, wie vermutet war, im Auftrag der Chicagoer Unterwelt den Bürgermeister Cermat töten wollen, sondern sein Anschlag habe Roosevelt gegolten. In der Wohnung des Attentäters wurde eine weibliche Person, angeblich seine Frau, in Haft genommen.

Die Opfer des Anschlages in Miami

Das Befinden des Chicagoer Bürgermeisters Cermat, der einen Brustwund erhalten hat, ist besorgniserregend. Am Mittwochabend wurde an Cermat eine Notoperation vorgenommen. Ein Geheimpolitist bekam einen Kopfschuss. Leicht verletzt wurden zwei Frauen, ein Junge und ein Mann, der dem Täter den Revolver entriß, wobei eine Kugel seinen Kopf traf. Roosevelt behauptete sämtliche Opfer des Attentats im Krankenhaus.

Gangster die Urheber des Anschlages in Miami?

Newport, 16. Febr. Die mit der Untersuchung des Anschlages in Miami beschäftigten Behörden scheinen teilweise der Annahme zuzuneigen, daß Chicagoer Gangster Cermat beseitigen wollten, der das Gangsterwesen energisch bekämpft. Von anderer Seite wird dies aber wieder bezweifelt, in dessen ersuchte der Chicagoer Polizeichef die Behörden in Florida, 18 Gangster festzunehmen, die sich in der Umgegend von Miami aufhalten. Desgleichen wurden Eisenbahnbehörden ersucht, die Namen von Chicagoern mitzuführen, die in der letzten Zeit Fahrkarten nach Florida nahmen.

Der Täter gestehtgehort?

Newport, 16. Febr. Die Aeußerungen des verhafteten Täters Zingara, daß er auf Roosevelt geschossen habe, weil so viele Menschen dem Hungertode nahe seien und daß ein Wagenleben ihn auf den Attentatsgedanken gebracht habe, bestärken die Vermutung, daß es sich um einen Selbstmord handelt. Trotzdem wurden, da immer noch die Möglichkeit besteht, daß der Anschlag Cermat galt, in Chicago mehrere bekannte Gangster verhaftet. Zingara soll im weiteren Verhör zugegeben haben, daß er vor drei Tagen einen Revolver in der Wüste kaufte. Verdächtigt Hoover zu erschließen. Als er von Roosevelts Anschlag

in Miami erfuhr, habe er beschlossen, diesen zu ermorden. Zingara gestand bei seiner Vernehmung darauf daß er von niemand beeinflußt worden sei, noch den Plan mit irgend jemandem erörtert habe.

Gläubigkeits der Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum Mordanschlag auf Roosevelt

Berlin, 16. Febr. Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben den deutschen Botschafter in Washington beauftragt, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover, ihre Bewunderung über das Mordanschlag auf den neuen Präsidenten Roosevelt zum Ausdruck zu bringen.

Roosevelt schildert den Hergang des Anschlages

Miami, 16. Februar. Der zukünftige Präsident der Vereinigten Staaten hat im Zuge nach Newport eine Schilderung des Anschlages gegeben, der heute auf ihn verübt wurde. Er erklärte: „In dem Augenblick, als mit jemand von dem Inhalt eines langen Telegramms Kenntnis gab, hörte ich ein Geräusch, das ich für die Explosion eines Feuerwerkskörpers hielt. Ich folgte jedoch mehrere andere Delegationen. Der Mann, mit dem ich sprach, trat zurück, mein Chauffeur ließ den Wagen an und ich sah, als ich mich umblüde, den Bürgermeister Cermat gebückt dastehen und Frau Gill, wie sie zusammenbrach. Ich rief dem Chauffeur Halt zu — das war etwa vier Meter von unserem Stand entfernt. — Aber ein Detektiv schrie zum Chauffeur: „Fahren Sie aus der Menge“. Wir hielten dann an einer etwas entfernten Stelle. Als ich mich abermals umschah, hatte man Cermat eben aufgehoben. Ich ließ ihn zu unserem Wagen tragen. Den ganzen Weg zum Krankenhaus, wohin wir nun fuhren, stützte ich den verletzten Bürgermeister. Auf den Treppentritten des Autos standen die Detektive; einer hatte eine Handverletzung, der andere einen Augenschuß.“

Anfrage wegen Mordversuchs gegen Zingara

Miami, 16. Februar. Giuseppe Zingara ist in einer Zelle des St. Stadtwerts des Gefängnisses untergebracht worden. Er wird wegen Mordversuchs angeklagt werden, worauf zwanzig Jahre Gefängnis stehen. Wenn jedoch eines der von Zingara verletzten Opfer stirbt, würde der Täter der Todesstrafe verfallen.

Abschluß der Stillhalteverhandlungen bevorstehend

Berlin, 16. Febr. Der gegenwärtige Stand der Stillhalteverhandlungen wird in unterrichteten Kreisen als günstig bezeichnet, so daß mit dem Abschluß der Verhandlungen in den nächsten Tagen gerechnet werden darf. In der Frage der Stillhaltungsregeln soll, wie verlautet, eine Verständigung zu Stande gekommen sein, und zwar spricht man von einer Herabsetzung um ein halbes Prozent. Auch in der Frage der Golddiskontbank-Garantie und in der Frage der Kügung der Kreditlinie — angeblich um 5 Prozent — soll eine Einigung erzielt worden sein. Bezüglich der 1933 noch fällig werdenden Kredite von 250 Millionen RM. für die keine Golddiskontbank-Garantie gemacht wird, verlautet weiter, daß nur ein Teil der Kredite unter das Stillhalteabkommen fallen wird, während für den anderen Teil ein Sonderabkommen getroffen werden soll. Endgültige Beschlüsse sind jedoch noch nicht gefaßt worden.

Neues vom Tage

63 Tote in Neunkirchen geborgen

Neunkirchen, 16. Febr. Die Zahl der geborgenen Toten des Explosionsunglücks hat sich auf 63 erhöht.

Die französische Regierung und die Hilfsaktion für Neunkirchen

Paris, 16. Febr. Im Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Vedrun, stattfand, hat der Minister für öffentliche Arbeiten, Saganon, über seine Reise in das Saargebiet anlässlich der Beilegung der Opfer von Neunkirchen Bericht erstattet. Es wurde beschlossen, in der Kammer die Bewilligung von 500.000 Francs für die Opfer der Katastrophe von Neunkirchen zu beantragen.

Die belgische Regierung bleibt im Amt

Brüssel, 16. Febr. Die Mitglieder des Kabinetts haben sich entschlossen, dem Wunsch des Königs zu entsprechen und weiter im Amte zu bleiben.

Der Streik rumänischer Eisenbahnarbeiter durch Militär niedergezwungen

Bukarest, 16. Febr. Die Arbeiter, die sich in den Eisenbahnwerkstätten verschanzt hatten, wurden von Militär umzingelt. Es folgte eine Salve, durch die drei Arbeiter getötet und neun verletzt wurden. Schließlich ergab sich die Arbeiterchaft. In allen Bukarester Fabriken ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 17. Februar 1933.

Tödlicher Unglücksfall. Als das Postauto nach Simmersfeld, das um 7 Uhr abends hier abgeht, zwischen Heilbronn und Etmannswiler fuhr, begegnete ihm mit seinem Fahrrad der verheiratete 32 Jahre alte Erik Klafz, Schreiner, von Altensteig-Dorf, der in Etmannswiler in Arbeit stand und mit einem Kollegen nach Hause fuhr. Durch irgend einen Umstand, offenbar kam er nicht aus dem gestörten Wagengeleise der Straße heraus, stürzte er vom Rad und wurde gegen das Auto geworfen, wobei er, ohne überfahren zu werden, sich so schwere innere Verletzungen zuzog, daß er alsbald starb. Der Kraftwagenführer, der sofort angehalten hatte, und der Arbeitskollege, der vorausgefahren war und zurückkehrte, konnten nur noch den Tod des Verunglückten feststellen. Das Gericht nahm noch in der Nacht die Untersuchung des Falles vor.

„Grünen Baum-Lichtspiele“. Unter dem Titel „Flucht von der Teufelsinsel“ erscheint am Samstag und Sonntag in den „Grünen Baum-Lichtspielen“ ein Tonfilm, der berechtigterweise großes Aufsehen erregen wird. Er gibt nämlich ein lebendiges Bild vom Leben der Sträflinge in der französischen Verbredersolonie an der fernen Küste von Südamerika. Umgeben vom Meer, in dem es nur so von Haijischen wimmelt, und Fieberdämpfen, die jede Flucht unmöglich machen, lebt die unverbesserliche Heide Europas, die Frankreich zu einem lebendigen Totfeld in den Tropen verbannt hat, vollkommen abgeschlossen von der Außenwelt. Das Gefängnis, das von außen sehr malerisch aussieht, ist eine wahre Hölle. Seine Bewohnern haben eine traurige Weltberühmtheit erlangt: in ihnen schmolten unter glühender Tropenhitze beinahe 15.000 Sträflinge — darunter vielleicht noch deutsche Kriegsgefangene!

Berammlung der DRSB. Wie uns mitgeteilt wird, findet am nächsten Sonntag 5 Uhr im „Waldhorn“ eine Berammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt, bei welcher der Landtagsabgeordnete Reichstat Hirtzel sprechen wird.

Jahrespreisermäßigungen auf deutschen Bahnen zur Leipziger Frühjahrsmesse 1933. Die Reichsbahn gewährt Bewohnern der kommenden Leipziger Frühjahrsmesse, die vom 5. bis 12. März 1933 stattfinden, gegen Vorlage des Messabzeichens, der Ausstellerkarte oder des mesamtlischen Ausländerausweises von Orten, die 150 Kilometer und mehr von Leipzig entfernt sind, eine 33/100prozentige Jahrespreisermäßigung für Hin- und Rückfahrt. Alle Schnell- und Eizüge können gegen Zahlung der tarifmäßigen Zuschläge benutzt werden. Hin- und Rückfahrt ist nur über die gleiche Strecke möglich. Die Hinfahrt ist innerhalb der Zeit vom 28. Februar bis 12. März und die Rückfahrt innerhalb der Zeit vom 5. bis 18. März 1933 anzuführen. Fahrunterbrechung auf Hin- und Rückfahrt ist je einmal gestattet. Die Ausgabe der ermäßigten Fahrkarten beginnt Montag, den 27. Febr., an den Bahnhöfen und den MER-Büros.

Berammlung des Körperkulturbereins Nagold. Die Ortsvorsitzer und Körperkulturbereins des Bezirks versammelten sich mit den Gemeindefliegern am 13. Februar ds. Js. im Löwenaal in Nagold. Angeführt der Wichtigkeit der Tagesordnung konnte Bürgermeister Raiser von Nagold eine stattliche Zahl der Mitglieder (etwa 50) und besonders die Gäste Landrat Baillinger und Reg.-Rat Dr. Klauser, Vorstand des Arbeitsamts Nagold, begrüßen. Einleitend gedachte er in ehrenden Worten des am 29. Dezember 1932 in Gengenwald verstorbenen Kollegen Dürr, zu dessen Andenken sich die Versammlung von den Sigen erhob. Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag des Herrn Reg.-Rat Dr. Klauser über „Neue Wege zur Arbeitsbeschaffung“. Der amfassennde Vortrag brachte allen Zuhörern für die Praxis wertvolle neue Gesichtspunkte, die noch durch die vielen notwendigen und wesentlichen Einzelheiten beleuchtet wurden. Der Vortragende dankte unter lebhaftem Beifall der Versammlung Herrn Reg.-Rat Dr. Klauser recht herzlich. Den zweiten Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Berpredung der Vollzugsverfügung zur Gemeindeordnung. Die drei Herren Kolonnen, Gew.-Altuar Rutschler-Nagold, Stadtpfleger Krapp-Altensteig und Gew.-Brettl-Kreuzer-Nagold hatten sich in diese Aufgabe geteilt. Jeder Einzelne behandelte die ihm zugewiesenen Abschnitte und hob kurz und bündig die Änderungen und Neuerungen gegen das bisherige Recht hervor, so daß die Berammlung einen klaren Ueberblick über die neue Vollzugsverfügung bekam. Der Berammlungsleiter dankte für die wertvolle Arbeit der Berichtserstatter und gab seiner Freude Ausdruck, daß in unserem Kreise trotz der ungemein starken dienstlichen Inanspruchnahme sich immer wieder Kollegen finden, die die Berammlungen bereichern und beleben. Besonders eingehend behandelt wurden die neuen Bestimmungen über die Bewohnung von Reichszuschüssen für die Instandhaltung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen (zweiter Abschnitt). Herr Landrat Baillinger gab an Hand eines Erlasses der Württ. Landesreditanstalt vom 3. ds. Mts. die erwünschten Aufforderungen. Auf den ganzen Oberamtsbezirk ist zunächst ein Betrag von 12.000 Mark ausgeschüttet. Bei der Verteilung dieser Gelder auf die einzelnen Gemeinden sollte neben der Bevölkerungszahl auch die Zahl der Haushaltungen und die Zahl der einkommenden Instandsetzungsgehende überhaupt mitberücksichtigt werden. Die Oberamtsbeamten werden ersucht, die Prüfung der einzelnen Gesuche für jede Gemeinde zu übernehmen, weshalb sämtliche Gesuche um Reichszuschüsse bis spätestens 22. ds. Mts. durch die Gemeinden bei den zuständigen Oberamtsbeamtenstellen eingereicht sein müssen. Verpätet einkommende Gesuche können nicht mehr berücksichtigt werden. Bei dem niederen Betrag, der auf den Oberamtsbezirk entfällt einerseits und bei der großen Zahl von Einzelgesuchen andererseits soll von den Gemeinden davon abgesehen werden, zur Instandhaltung ihrer eigenen Wohngebäude um Reichszuschüsse beim Oberamt nachzusuchen.



Interne Angelegenheiten der Vereinigung bildeten den Schlus...

Vergleichsversuche über die Wirkung gebräuchlicher Kamin...

1933 ein Meißlerjahr? Nach übereinstimmenden Mel...

Wart, 16. Februar. Die Reunfircherer Explos...

Auch aus Altensteig-Dorf wird uns berichtet, daß man dort die Explos...

Es besteht also keinerlei Zweifel, daß die große Explos...

Neubulach, 15. Febr. Das Wehrpostkorps IV des „Stahl...

Kaufhaus vom Oberamtsbezirk Calw. (Zwangsent...

Calw, 16. Februar. (Vom Musikverband Nagoldgau.) Die...

Wahlen wurde Stadtpfleger Kometisch-Kogold ein...

Freudenstadt, 16. Februar. (Stillgelegte Kraftfahr...

Kniebis, 16. Februar. (Freizeit für junge Männer.) Der...

Mödingen, O.A. Rottenburg, 15. Februar. (Die wirtsch...

Ebingen, 16. Febr. (Daiber war wieder in Ebingen.)

Gmünd, 16. Febr. (33 Arbeitsdienstage.) Im Bereich des Arbeitsamts Gmünd werden zur Zeit 33 Maß...

Flauhausen O.A. Eßlingen, 16. Febr. (Die Schalter...

Wangen i. M., 16. Febr. (Käse-Spende für Berlin.)

Som bayerischen Allgäu, 16. Febr. (Brandstiftetin aus unglücklicher Liebe.)

Som bayerischen Allgäu, 16. Febr. (Tödlisch verur...

Aus Baden

Gernsbach, 16. Februar. (Gegen den milchwirtschaftlichen...

die Befreiung von der Mitgliedschaft dieses milchwirtschaftlichen...

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Demission des belgischen Kabinetts abgelehnt. Der belgi...

Dienstliche Verzeigungen von Reichsbahnbeamten. In...

Bereitete Gefangenen-Ausbruch. Nach einer Mitteilung...

Von einer Lawine verschüttet. Beim Aufstieg zum Koh...

Nützige Zwischenfälle in Saloniki. Bei der Auflösung...

Aus dem Gerichtssaal

Freudenstadt, 16. Februar. Ein Holzhauer des Bezirks...

Ein zweiter Fall bezog sich auf einen Kraftfahrer, der seinem...

Turnen, Spiel und Sport

Das Turnen der Kreise beim Deutschen Turnfest

Beim Deutschen Turnfest in Stuttgart wird das Turnen der...

Das Vereinswettturnen in der D.T., namentlich aber in den...

Trotz der Gegnerschaft, die das Vereinswettturnen auch heute...

Wenn nun der Turnkreis Schwaben das Vereinswettturnen zu...

Buntes Allerlei

Bersperre Glücksporten

Ueber allen Gefängnistoren könnten wohl mit einigem Recht Dantes Worte *lasciate ogni speranza* (Lohet alle Hoffnung hinter euch) stehen. Aber die heutige wirre Zeit hat selbst diesen Begriff von Schuld und Sühne im Schmelztiegel der Not umgeschmeißelt. So pochte eine Schaar zerlumpter, halb erstarbener und verhungertes Männer zu nächstlicher Stunde an die Pforte des Stadtgefängnisses von Salyi in Bessarabien mit der inländischen Bitte, doch aufgenommen zu werden. Und jeder von den Einlassbegehrenden beichtete sich irgend eines Verbrechens. Alle Selbstbeschuldigungen halfen jedoch nichts. Der Pförtner wies die Bittsteller zurück in Nacht und Obdachlosigkeit, denn keiner der scheinbaren Sünder vermochte seine Schuld nachzuweisen und sich damit das Recht auf eine warme Zelle und einen Teller heiße Suppe zu sichern. Vielleicht stehen die Abgewiesenen bald wieder vor der ersehnten Gefängnismauer — dann aber mit der geistlich notwendigen Aufnahmelegitimation.

Tragisches Los eines deutschen Auswanderers

Einem deutschen Auswanderer war es vor einigen Monaten gelungen, in einer australischen Schallplattenfabrik Stellung zu finden und sich demnach die Zufriedenheit der Vorgesetzten zu erringen, daß man ihm eine leitende Stellung übertrug. Aber das Glück war nur von kurzer Dauer. Eines Tages stellte sich infolge einer Kontrolle heraus, daß eine ziemlich große Menge von Schallplatten fehlte. Dafür wurde der Deutsche verantwortlich gemacht. Und man begnügte sich nicht damit, ihn sofort zu entlassen, sondern übergab ihn auch wegen Diebstahlsverdachts der Polizei. Vergeblich b beteuerte der Gefangene seine Unschuld. Man erklärte, er würde erst dann freigelassen, wenn er den Schuldigen angeben könne. Das war dem Manne natürlich nicht möglich. Er hatte bereits zehn Monate in der Untersuchungshaft zugebracht und alle Hoffnung aufgegeben. Da trat eines Tages freudestrahlend der Richter zu ihm und teilte ihm mit, man habe die vermißten Platten gefunden. Er sei gerichtsferdig, die Firma bedaure die Angelegenheit und wolle ihn nicht nur wieder einstellen, sondern auch entschädigen. Leider fand der Gefangene keine Gelegenheit mehr, sich des neuen Glückes zu freuen. Als er die Erklärung des Richters entgegen genommen hatte, rührte ihn der Schlag. Die Freude war zu groß gewesen.

Humor

Zeitgemäße Umbichtung

In der „Saarbrücker Zeitung“ findet sich folgende zeitgemäße Umbichtung des alten Volksliedes „Jehz gang i ans Brännel“: „Jehz gang i zum Steueramt, zahl aber net. Da komm i um Stundung ein, krieg sie aber net. Dann kommt auch der Gerichtsvollzieher, pfändt aber net. Er sucht bei mir vieltausigen Schatz, find'n aber net. Verkauf i mein Hütchen, mein Stiefel und Kleid, dann schwör i dem Gerichtsvollzieher 'n Offenbarungseid!“

Letzte Nachrichten

Wirtschafts- und sozialpolitische Beschlüsse des Reichskabinetts

Berlin, 16. Februar. Das Reichskabinett beschäftigte sich heute nachmittags mehrere Stunden mit einer Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen. Berathschieden wurden die Vorlagen über die Milderung von Härten in der Sozialversicherung und der Reichsversorgung. Ferner besaßte sich das Kabinett mit einer Vorlage über Zoll-erhöhungen für landwirtschaftliche Positionen, sowie mit Vorschriften zur Regelung der Hopfenauflage, der In-Handnahme von landwirtschaftlichen Wohnungen und der Förderung der Verwendung von inländischem Käse. Schließlich wurde der Entwurf einer Verordnung zur Förderung der Getreidebewegung und das neue Stillhalteabkommen erörtert.

Vöbe für die Einheitsfront SPD. und KPD.

Berlin, 16. Februar. Auf einer BBS-Rundgebung der Eisernen Front sprach heute abend der frühere Reichstagspräsident Paul Vöbe zum Thema „Herrenrecht oder Volkrecht“ und nahm im Verlaufe seines Referates auch Stellung zu den mehrfach erfolgten Angeboten der KPD zur Bildung einer Einheitsfront. Er betonte dabei, daß er schon immer für den einheitlichen Kampf der beiden marxistischen Parteien eingetreten sei. Die KPD müsse aber ihr Angebot ernst meinen und endlich aufhören, in den Sozialdemokraten ihren Hauptfeind zu sehen. Die Führer beider Parteien müßten sich in gemeinsamen Besprechungen zusammensuchen, um in geheimer Kampfführung einen unüberwindlichen Wall zu bilden gegen den Faschismus.

Eine Eingabe der Christlichen Gewerkschaften an die Regierung

Berlin, 16. Februar. Der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der die im Dezember vorigen Jahres an die damalige Reichsregierung gerichtete Bitte, beschleunigt erweiterte Maßnahmen zugunsten der Erwerbslosen, Kleintrentenempfänger und sonstigen Hilfsbedürftigen zu treffen, wiederholt wird. Die fürchterliche Not der genannten Kreise sei so offenkundig, daß eine Schilderung derselben nur offene Türen einrenne. Es wird erneut darum gebeten, daß die Beitragseinnahmen für die Arbeitslosenversicherung zur Verbesserung der Leistungen und Erhöhung der Unterstühtungen für die Arbeitslosen verwandt und daß darüber hinaus Mittel und Wege gesucht werden, den von der Versicherung nicht mehr betreu-

ten Erwerbslosen, Kleintrentnern usw. verstärkte Hilfe angedeihen zu lassen.

Der sowjetrussisch-französische Nichtangriffspakt in der Sowjetunion in Kraft getreten

Moskau, 16. Februar. Im Außenkommisariat der Sowjetunion wurden am 15. Februar durch den stellvertretenden Außenkommissar und den französischen Botschafter Dejean über das am 11. Februar von dem Präsidenten der französischen Republik und am 14. Februar durch das Präsidium des Zentral-Volks-Büro der UdSSR. ratifizierte französisch-sowjetrussische Nichtangriffspakt- und Schlichtungsverfahren zwischen Frankreich und der Sowjetunion die Ratifizierungsurkunden ausgetauscht. Die Verträge sind am gleichen Tage in Kraft getreten.

Das erste Verbot des „Vorwärts“ aufgehoben

Berlin, 16. Februar. Das Reichsgericht hat heute vormittag, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, auf die Beschwerde des „Vorwärts“ hin entschieden, daß das vor etwa vierzehn Tagen erfolgte dreitägige Verbot des sozialdemokratischen Zentralorgans, das wegen der Veröffentlichung des sozialdemokratischen Wahlaufzuges erlassen worden war, zu Unrecht ergangen sei und deshalb aufgehoben werde.

Die „Wschaffenburger Volkszeitung“ verboten

Frankfurt a. M., 16. Februar. Die „Wschaffenburger Volkszeitung“ ist wegen eines Kommentars zu der Rede des Reichstanzlers im Berliner Sportpalast bis zum 23. Februar verboten.

Entscheidung zur Aufhebung der Prohibition vom amerikanischen Senat angenommen

Washington, 16. Februar. Das Plenum des Senates hat eine Entscheidung angenommen, die sich für Aufhebung der Prohibition ausspricht.

Die amerikanische Autofabrik Willys Overland in Konkurs. Aus New York wird gemeldet: Die alte amerikanische Autofabrik Willys Overland hat, wie aus Toledo (Ohio) gemeldet wird, das Konkursverfahren gegen sich beantragt. Die Fabrik, die etwa 8000 Arbeiter beschäftigt, hatte im Jahre 1929 einen Umsatz von 60 Millionen Dollar.

Wetter für Samstag

Im Nordwesten befindet sich Hochdruck, im Nordosten eine Depression. Für Samstag ist zwar zeitweilig bedecktes aber vorwiegend trockenes und ziemlich frohiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Riekerschen Buchdruckerei, Altensteig
Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lauk



Radfahrer-Verein Altensteig.

Morgen Samstag abend 7,9 Uhr

Hauptversammlung

bei Mitglied Seeger zur „Traube“.

Tages-Ordnung: Wahlen, Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht
der Ausschuß.

Zentral-Krankenkasse der Gold- und Silberarbeiter

Hauptversammlung.

Sonntag, 19. Februar, nachm. 2 Uhr Lokal „Engel“
Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht über die außerordentl. Generaterversammlung, Stuttgart.
3. Neuwahlen.
4. Satzungsänderungen.
5. Wünsche und Anträge.

Sämtliche Mitglieder haben die Pflicht zu erscheinen infolge sehr wichtiger Tagesordnung.

Der Vorstand.

MEYERS LEXIKON



12 BÄNDE VON A-Z
VOLLSTÄNDIG
und 3 Ergänzungsbände 1931-33

Auswählbar Preisgeld durch jede Buchhandlung

Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauk, Altensteig u. Nagold.

Erinnern Sie sich

bei Bedarf in

Druckarbeiten

aller Art an die vorzüglich eingerichtete und deshalb leistungsfähige

W. Riekersche Buchdruckerei

L. Lauk, Altensteig

Fernsprecher Altensteig Nr. 11
Fernsprecher Nagold Nr. 32

Haiterbach — Hohenwart — Ueberberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

am Sonntag, den 19. Februar 1933

im Gasthof zum „Waldhorn“ in Haiterbach stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Fritz Ottmar Kellner Sohn des Fritz Ottmar, Waldhorn- wirt in Haiterbach	Margarete Hauser Tochter des Joh. Gg. Hauser Lammwirt in Ueberberg
--	--

Kirchgang 12¹/₂ Uhr in Haiterbach.

Fahrgelegenheit: durch Auto Harr:
Abfahrt in Zumweiler 1¹/₂ 11 Uhr
in Altensteig 11 Uhr.

Grünen Baum Lichtspiele

„Flucht von der Teufelsinsel“

Ein Sensations-Tonfilm

Eine Reihe aufpeitschender Geschehnisse, die Flucht aus den unterirdischen Kupferzellen und durch den von Haiischen wimmelnden Ozean bilden die Höhepunkte des aufregenden Filmes.

Vorstellungen:

Samstag abend 8.30 Uhr
Sonntags 4 Uhr und 8.30 Uhr.

Jugendliche haben keinen Zutritt.

Arbeit u. Verdienst

finden Sie durch Uebernahme unserer Abgabestelle. Kein Reisen. Keine Vorkenntnisse, daher geeignet für Jedermann. Zum Anfang ca. 200—300 RM. Vergeld benötigt. Verdienst ist sofort ein. Zuschriften erbeten unter Nr. 272 an die Geschäftsstelle ds. Bl.



Im Alter leiden viele Menschen unter starker Verschleimung. Abends u. morgens 1—2 Kaiser's Brust-Caramellen u. der Schleim löst sich angenehm. Gebrauchen Sie deshalb ständlg die bewährten

Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen

Jetzt Beutel 35 Pfennig Dose 40 und 75 Pfennig

Zu haben bei: Apotheke, Löwen-Drogerie Oskar Hiller, Schwarzwald-Drogerie Fritz Schlumberger, Christian Burghard jr., Lorenz Luz jr. Inh. Eugen Beck, J. Wurster Nachf. Fr. Eckhard, Egonhausen: Chr. Bolia z Kaltenbachs Nachf., Alfred Kuchler. Pfalzgrafe wailer: Apotheke Carl Rottich; Waldorf Georg Volz und wo Plakate sichtbar.

Rollenpapiere

(Einwickelpapier) für Rollen-Abreib-Apparate empfiehlt die

Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold

Drei Km. dörres

Brennholz

verkauft oder tauscht gegen Frucht.

Wer — ? hat die Geschäftsstelle des Blattes.